

Niedersachsen Liberal

FDP

Niedersachsen

EDITORIAL



Dr. Philipp Rösler

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

nach dem turbulenten Superwahljahr 2009 steht für uns niedersächsische Liberale 2010 ganz im Zeichen der Festigung. Wir wollen die Wahlkampfpause in diesem Jahr für eine inhaltliche Schärfung unseres Profils nutzen. Sie wird sich vor allem in dem bereits vor der Bundestagswahl angekündigten zu aktualisierenden Grundsatzprogramm der FDP wiederfinden.

Auch im Erscheinungsbild hat sich das „Niedersachsen liberal“ erneuert. Sie halten die erste Ausgabe in Händen, die in Layout und redaktioneller Ausgestaltung noch leserfreundlicher und basisorientierter über die vielen Facetten der FDP Niedersachsen berichtet. Die Homepage des Landesverbandes zeigt sich ebenfalls in neuem Gewand. Die neue Gestaltung präsentiert Informationen noch direkter und unkomplizierter und versorgt Sie schneller und transparenter mit Neuigkeiten aus der Landes- und Bundespolitik. Die FDP setzt dabei auf den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern und natürlich mit ihren Mitgliedern. Unsere Orts-, Kreis- und Bezirksverbänden können das Grundgerüst unserer Homepage kostenfrei übernehmen und selber gestalterisch füllen. Dadurch können sich unsere Untergliederungen und auch unsere Kandidaten vor Ort noch stärker inhaltlich positionieren.

Dieses Jahr soll uns Gelegenheit geben, uns zu sammeln und Lösungsvorschläge für die Probleme der Menschen in unserem Lande zu erarbeiten. Eine gute Vorbereitung auf die Kommunalwahlen 2011.

Ich freue mich darauf, gemeinsam mit Ihnen die Aufgaben in diesem Jahr guten Mutes anzupacken.

Herzlichst
Ihr
Philipp Rösler



PARTEI



UMJUBELTE WIEDERWAHL von Dr. Philipp Rösler

Mit 97,67% stellte sich die niedersächsische FDP auf dem diesjährigen Landesparteitag in Lüneburg geschlossen hinter ihren Vorsitzenden und Bundesminister.

■ **In seiner 40minütigen und mit viel Applaus bedachten Rede** mahnte Rösler die Union, sich ein Beispiel an dem Start der niedersächsischen schwarz-gelben Regierungskoalition zu nehmen. Als man 2003 in die Landesregierung gewählt worden sei, habe man sich sofort voller Elan an die Arbeit gemacht. Im Bund sei es vor allem deswegen schwierig, weil die Union in

der Großen Koalition an Schärfe verloren, während die FDP in der Oppositionszeit ihr Profil konkretisiert habe. Da die Union zudem an vielen Gesetzen aus der Großen Koalition festhalte, fehle eine gemeinsame Geisteshaltung, wie sie in Niedersachsen zwischen der FDP und Union bestehe.

► **Lesen Sie mehr dazu auf Seite 2.**

■ LANDESVERBAND

INHALT

PARTEI

- 01 **Landesverband**
Bericht vom Landesparteitag Niedersachsen
- 08 **FDP Braunschweig**
Neuer Vorstand

WIRTSCHAFT & FINANZEN

- 03 **Ministerien**
Niedersachsen beliebtestes Reiseland im Norden
- 04 **Landtag**
Schwieriger Landeshaushalt
- 04 **Landtag**
Über den Sinn der „Bettensteuer“
- 05 **Bundestag**
Weichen auf Wachstum stellen
- 07 **Liberaler Mittelstand**
Mit Wachstum aus der Krise
- 07 **VLK**
Zur Gemeindefinanzkommission

GESUNDHEIT

- 01 **Ministerien**
Gute Versorgung – heute und morgen

UMWELT

- 03 **Ministerien**
Sinn der Umweltzonen

GESELLSCHAFT

- 07 **Liberaler Frauen**
Neue Aktionskarte
- 08 **Liberaler Senioren**
Zum Einfluss der Älteren

VERBRAUCHERSCHUTZ

- 05 **Bundestag**
Aufgaben in Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

VERKEHR

- 05 **Bundestag**
Neuanfang in der Verkehrspolitik

KOMMUNALPOLITIK

- 06 **Junge Liberale**
JuLis vor Ort

EUROPA

- 06 **FDP im Europaparlament**
Stark vor Ort – Gesine Meißner

RUBRIKEN

- 01 **Editorial**
- 02 **Kommentar**
- 03 **Nachgefragt**
- 04 **Leserbriefe**
- 05 **Aus dem Nähkästchen**
- 06 **Neues aus Europa**
- 07 **Website & Surftipps**
- 08 **Termine & Impressum**

■ MINISTERIEN

GESUNDHEIT

GUTE VERSORGUNG - HEUTE UND MORGEN



■ **Ziel** ist es, für Deutschland ein robustes Gesundheitssystem auf den Weg zu bringen, das angesichts der demographischen Entwicklung und des medizinisch-technischen Fortschritts die hervorragende Qualität der Gesundheitsversorgung von heute auch in Zukunft sicherstellt.

Aktive Arbeit am Gesundheitssystem

CDU, CSU und FDP haben sich deshalb im Koalitionsvertrag darauf verständigt, in dieser Legislaturperiode das Gesundheitssystem finanziell neu aufzustellen. Die Formulierung dazu lautet: „Langfristig wird das bestehende Ausgleichssystem überführt in eine Ordnung mit mehr Beitragsautonomie, regionalen Differenzierungsmöglichkeiten und einkommensunabhängigen Arbeitnehmerbeiträgen, die sozial ausgeglichen werden. Weil wir eine weitgehende Entkoppelung der Gesundheitskosten von den Lohnzusatzkosten wollen, bleibt der Arbeitgeberanteil fest.“

Das Gesundheitssystem wird finanziell neu aufgestellt.

Deutschland braucht ein Gesundheitssystem, das zukünftigen demographischen Anforderungen und medizinischem Fortschritt gewachsen ist.

Zu diesem Zweck wird im März eine Regierungskommission ihre Arbeit aufnehmen. Wir wollen mit dem Einstieg in eine solidarische Gesundheitsprämie das hohe Niveau der medizinischen Versorgung in Deutschland dauerhaft gewährleisten.

Warum wir Besseres brauchen als den Gesundheitsfonds

Der von der großen Koalition beschlossene Gesundheitsfonds kann dies nicht leisten. Er hat den großen Nachteil, dass er über den staatlich festgesetzten Beitragssatz zu einer Politik nach Kassenlage führt. Die Folge ist eine Unterfinanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung, die verdeckte Rationierungen hervorruft. Auch die jetzt erhobenen Zusatzbeiträge etlicher Kassen sind ein klares Indiz für die Unterfinanzierung. Wir wollen dieser Unterfinanzierung nicht mit reinen Kostendämpfungsgesetzen begegnen wie die meisten Bundesregierungen zuvor, sondern strukturelle Veränderungen zu mehr Wettbewerb erreichen.

► **Lesen Sie mehr dazu auf Seite 2.**

KOMMENTAR



Patrick Döring MdB

Wir müssen an die Mitte denken!

Ein Kommentar zur Hartz IV-Debatte von Patrick Döring MdB

Es lohnt, den Satz Guido Westerwelles, mit dem die Aufregung begann, einmal in Ruhe zu betrachten: „Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätrömischer Dekadenz ein.“ Dieser Satz ist keine Polemik gegen Hartz IV-Empfänger, sondern eine Kritik an jenen Politikern, die auf jedes gesellschaftliche Problem nur eine Antwort haben: mehr Steuergeld für die Sozialsysteme.

Das haben wir nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes einmal mehr erlebt, als in fast allen Parteien die Anhebung der Hartz IV-Sätze gefordert wurde; inzwischen haben Grüne und Linke im Bundestag auch entsprechende Anträge gestellt.

Über die ewige Verteilungsdiskussion ist in Vergessenheit geraten, dass wir erst erwirtschaften müssen, was wir verteilen wollen. Nur zur Erinnerung: 2009 waren die Sozialausgaben höher als die gesamten Einnahmen aus der Einkommensteuer! Und es werden die Menschen vergessen, die hart arbeiten und trotzdem kaum mehr verdienen als ein Hartz IV-Empfänger.

Dass diese Feststellungen eine solche Aufregung auslösen, verrät viel über unser Land. Die FDP ist angetreten, die Situation für die arbeitenden Menschen zu verbessern. Wir müssen niedrige und mittlere Einkommen spürbar entlasten und den Weg aus den Sozialsystemen in das Erwerbsleben erleichtern. Dafür sind wir gewöhnt worden.

„Wiederwahl von Dr. Philipp Rösler“ Fortsetzung von Seite 1

„Das gute Ergebnis können die Kollegen in Bayern gerne hören“, so Rösler in einer ersten Reaktion zu seiner Wahl. Die CSU dürfe ruhig wissen, dass die FDP geschlossen hinter ihrem Gesundheitsminister steht. Es sei jetzt wichtig, die notwendigen Reformen entschieden anzupacken. „Wenn wir in der Bundesregierung nicht jetzt schnellstmöglich anfangen, konkreter zu werden als bisher, dann haben die Menschen recht, wenn sie sich beklagen.“

Guido Westerwelle habe daher auch völlig richtig gehandelt, als er die Debatte um die Rolle des Sozialstaates anstieß. Es müsse in Deutschland darum gehen, Leistung zu belohnen. Umgekehrt müsste aber auch gegen Leistungsverweigerer vorgegangen werden, wozu auch Steuerhinterzieher zählten, betonte Rösler.

Auf dem 66. Landesparteitag standen aber nicht nur Personalfragen auf der Tagesordnung. Unter dem Motto „Liberaler ist Sozialer“ berieten die Delegierten über die Rolle des Staates in einer liberalen Sozialpolitik. Hauptaugenmerk lag hierbei auf einer Verbesserung der Chancengerechtigkeit. Die Solidargemeinschaft muss den Bürgern den Wiedereinstieg in das gesellschaftliche Leben ermöglichen und darf sich nicht einfach damit begnügen, den Mangel zu verwalten. Der dazu im Landesvorstand von Döring und Bode erarbeitete Antrag wurde am Ende mit großer Mehrheit angenommen und wird auf dem Bundesparteitag in Köln eingebracht werden.

WAHLERGEBNIS

Landesparteitag in Lüneburg 13.-14. März 2010

Geschäftsführender Landesvorstand	Name	Gültige Stimmen	„Ja-Stimmen“	%
Vorsitzender	Dr. Philipp Rösler	257	251	97,67
Stellv. Vorsitzender	Heinrich Sander	270	244	90,37
Stellv. Vorsitzende	Angelika Brunkhorst	279	190	68,10
Stellv. Vorsitzender	Jörg Bode	283	267	94,35
Schatzmeister	Christian Grascha	272	254	93,38
Beisitzer	Prof. Dr. Dr. Roland Zielke	278	251	90,29
Beisitzer	Patrick Döring	276	230	83,33
Beisitzerin	Dr. Petra Enß	277	239	86,28
Generalsekretärin	Dr. Christiane Ratjen-Damerau	275	236	85,82

Erweiterter Landesvorstand	Name	Gültige Stimmen	„Ja-Stimmen“	%
1. Gruppe				
BV Oldenburg	Klaus Rickert	277	205	74,01
BV Braunschweig	Björn Försterling	277	197	71,12
BV Hannover	Dr. Claudia Winterstein	277	197	71,12
BV Lüneburg	Rainer Fabel	277	188	67,87
BV Elbe-Weser	Dr. Gero Hocker	277	179	64,62
BV Ems-Jade	Hilgriet Eilers	277	177	63,90
BV Osnabrück	Matthias Seestern-Pauly	277	167	60,29
BV Süd Niedersachsen	Dr. Lutz Knopek	277	156	56,32
BV Oldenburg	Christian Dürr	266	177	66,54
BV Osnabrück	Michael Goldmann	266	172	64,66
BV Hannover	Dr. Stefan Birkner	266	168	63,16
BV Elbe-Weser	Jan-Christoph Oetjen	266	160	60,15
Liberales Frauen	Silke Fricke	266	146	54,89
BV Osnabrück	Hans-Werner Schwarz	266	146	54,89
BV Braunschweig	Florian Bernschneider	266	144	54,14
BV Hannover	Dr. Oliver Liersch	266	140	52,63
BV Elbe-Weser	Serkan Tören	266	138	51,88
BV Oldenburg	Lübbo Meppen	279	125	44,80
BV Braunschweig	Almuth von Below-Neufeldt	279	119	42,65
BV Ems-Jade	Roland Riese	279	116	41,58
BV Osnabrück	Gabriela König	279	111	39,78
BV Lüneburg	Nicole Bracht-Bendt	256	141	55,08

„Gute Versorgung – heute und morgen“ Fortsetzung von Seite 1

Der Bürger als wachsamer Patient

Der Bürger als Patient hat im gegenwärtigen System kaum Einfluss auf die Kosten und Leistungen von Ärzten und Krankenkassen. Allein die Einführung marktwirtschaftlicher Regeln gibt dem Bürger seine Nachfragemacht zurück. Funktionsfähiger Wettbewerb zu klaren und fairen rechtlichen Bedingungen macht das System qualitativ besser, effizienter, kostengünstiger und transparenter.

Transparente Kosten und Leistungen bringen mehr Wettbewerbsdruck für die Kassen.

Zur Beurteilung benötigt der Bürger außerdem Informationen zum Preis-Leistungsverhältnis, weshalb wir die Kosten im Gesundheitssystem transparenter gestalten müssen.

Dies bedeutet, verstärkt Kostenerstattung bei der Abrechnung von medizinischen Leistungen zu ermöglichen. Vor allem bedeutet es aber die schrittweise Einführung leistungsgerechter, einkommensunabhängiger Prämien, die aufzeigen, wie viel der Krankenversicherungsschutz tatsächlich kostet. Dies erhöht den Wettbewerbsdruck auf die Kassen und führt zu einer effektiveren Verwaltung der Finanzmittel. Gleichzeitig gibt es dem Bürger die Möglichkeit, zu bestimmen, was mit seinen Beiträgen geschieht.

Die Gesundheit des Menschen ist ein unverzichtbares Gut

Deshalb müssen alle Bürger einen Mindestversicherungsschutz besitzen. Der Mindeststandard muss dafür gesetzlich festgelegt werden und die medizinisch notwendigen Leistungen ohne Risikoabschläge absichern. Darüber hinaus haben die Versicherten die Möglichkeit, Zusatzversicherungen abzuschließen und dadurch den Versicherungsschutz individuell auf ihre Bedürfnisse einzurichten.

Gerechter Sozialausgleich über das Steuer- und Transfersystem.

Für die Einführung einer solidarisches Gesundheitsprämie brauchen wir einen Sozialausgleich. Dieser soziale Ausgleich zwischen Einkommensstarken und Einkommensschwachen erfolgt nicht mehr wie bisher unkoordiniert und mit teilweise ungerechten Auswirkungen innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung mit ihrer Be-

schränkung auf beitragspflichtige Einkünfte bis zur Höhe der Beitragsbemessungsgrenze, sondern über das Steuer- und Transfersystem, das alle für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit relevanten Einnahmen berücksichtigt, auch die der nicht gesetzlich versicherten Menschen. Ein Prämiensystem mit Sozialausgleich ist damit auch gerechter als das derzeitige System mit prozentualen Beiträgen und Zusatzbeiträgen ohne Sozialausgleich.

Wir müssen noch weiter denken

Es bleiben aber noch eine Reihe von anderen Punkten bei der Umstellung unseres Gesundheitssystems zu bedenken. Auf der einen Seite ist die Versorgung mit neuen Arzneimitteln in Deutschland hervorragend. Auf der anderen Seite sind die Kosten für innovative Medikamente sehr hoch. Hier muss geprüft werden, ob Einsparungen möglich sind. Denkbar wären beispielsweise direkte Preisverhandlungen zwischen Kassen und Herstellern bei der Einführung neuer Arzneimittel.

Gleichzeitig werden wir erarbeiten, wie wir die medizinische Versorgung auf dem Land quantitativ und qualitativ verbessern. Hier sind verschiedene Instrumente denkbar, wie die Nachwuchsförderung in Aus- und Weiterbildung, gezielte Hilfen bei der Niederlassung in unterversorgten Regionen oder die Erweiterung der Möglichkeiten zur Delegation ärztlicher Leistungen.

Innovative Medikamente, flächendeckende Versorgung und weniger Bürokratie.

Auf der Seite der Ärzte müssen wir diesen mehr Zeit geben, sich den Patienten zu widmen. Dazu gehört eine Reduzierung von bürokratischen Vorgaben, die dem Arzt unnötig Zeit kosten. Ferner muss den Ärzten ihre Therapiefreiheit zurückgegeben werden; sie wissen am besten, was den Patienten hilft.

Wir wollen ein System, dass den Leistungsberechtigten die Therapiefreiheit erhält, den Patienten die Auswahl ihrer Therapeuten ermöglicht, den Versicherungsunternehmen die Möglichkeit gibt, ihre Versicherten zu betreuen und die Versicherten in die Lage versetzt, sich ihre Kassen selber auszusuchen. Solch ein System sorgt für eine effiziente Mittelverteilung, damit auch in Zukunft die bestmögliche Versorgung von heute, für alle auch morgen noch sichergestellt werden kann.





Jörg Bode MdL

Niedersachsen beliebtestes Reiseland im Norden

Nicht nur für Jörg Bode zählt das Land zu den Gewinnern im Deutschlandvergleich: Trotz Krise war 2009 ein gutes Jahr für den Tourismus.

■ **Wir können eine positive Bilanz** des Tourismusjahres 2009 ziehen. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Anzahl der Übernachtungen um 1,9 Prozent auf insgesamt 37,6 Millionen an und hat damit alle Prognosen übertroffen.

Aufwärtstrend

Mit diesem Spitzenergebnis setzen wir den Aufwärtstrend des Tourismus in Niedersachsen erfolgreich fort. Niedersachsen ist es gelungen, sich in einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld zu behaupten und seine Marktposition auszubauen. Damit zählt das Land im Jahr 2009 zu den Gewinnern im Deutschland-Tourismus.

Spitzenposition der norddeutschen Reiseziele

Niedersachsen profitierte 2009 vom Trend zum Urlaub im eigenen Land und konnte das Jahr mit dem besten Ergebnis seit der Expo 2000 abschließen. Im Vergleich der Bundesländer steht Niedersachsen hinter Bayern,

Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen auf Platz vier und behauptet damit seine Spitzenposition unter den norddeutschen Reisezielen.

Trend zum Urlaub im eigenen Land.

Bei den Umfragen der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) liegt Niedersachsen bundesweit hinter Bayern bei den Urlaubsreisen der Deutschen auf Platz zwei. Im Gegensatz zum Süden Deutschlands, der über 2,5 Millionen Übernachtungen zum Vorjahr verloren hat, konnte der Norden seine Marktanteile kontinuierlich ausbauen und über zwei Millionen neue Gäste dazu gewinnen. Unser Ziel muss es sein, diese Marktanteile weiter zu vergrößern und auf Platz 2 im Bundesländervergleich vorzurücken.

Ostfriesische Inseln und Harz immer beliebter

Gewinner des letzten Jahres sind



insbesondere die Ostfriesischen (+ 114.446 Übernachtungen) und der Harz (+ 40.970 Übernachtungen). Zu leichten Rückgängen ist es in Regionen und Städten gekommen, die stark von Geschäfts- bzw. Auslandsreisen geprägt sind. Im Vergleich zu anderen deutschen Städtedestinationen stehen Niedersachsens Städte allerdings gut da (z.B. Hannover: -2,4 Prozent, im Vergleich Stuttgart: -11,1 Prozent). Niedersachsen bietet attraktive

STICHWORT

Tourismus in Niedersachsen

Tourismus ist für Niedersachsen ein zentraler Wirtschaftsfaktor und Jobmotor. Hier sind rund 360.000 Menschen beschäftigt. Es wird ein Bruttoumsatz von jährlich mehr als 14 Milliarden Euro erwirtschaftet. Laut Prognosen der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) wollen in diesem Jahr 1,7 Millionen Menschen (+5,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr) ihre Haupturlaubsreise in Niedersachsen verbringen. Die Haupturlaubsregionen sind der Harz, das Weserbergland, die Lüneburger Heide und die Nordseeküste.

Ziele und ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis. Die Zahlen insgesamt belegen, dass sich die niedersächsischen Urlaubsregionen auch in wirtschaftlich schweren Zeiten mit ihrer attraktiven Produktpalette und einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis hervorragend behaupten konnten.

Jörg Bode MdL

Niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr



Hans-Heinrich Sander MdL

Wie viel Sinn machen Umweltzonen?

Im niedersächsischen Ministerium für Umwelt und Klimaschutz will man die Umweltzonen auf den Prüfstand stellen.

Umweltzonen in Hannover und Osnabrück

Zum Beginn des Jahres sah der Luftreinhalteplan der Landeshauptstadt Hannover vor, dass nur noch Fahrzeuge mit einer grünen Umwelt-Plakette (Euro 4) in die Stadt einfahren dürfen. Damit hat Hannover die zurzeit schärfsten Regelungen in ganz Deutschland.

Hannover hat die zurzeit schärfsten Regelungen in ganz Deutschland.

In Niedersachsen gibt es eine weitere Umweltzone nur noch in Osnabrück, wo seit dem 1.3. eine rote Plakette zur Einfahrt in die Stadt notwendig ist. Viele andere Städte in Deutschland hingegen nehmen vermehrt Abstand davon, Umweltzonen einzurichten. Und das, obwohl sie teilweise ebenfalls mit Be-

teiligung der Grünen regiert werden (z. B. Nürnberg und Hamburg).

Es stellt sich zu Recht die Frage, ob die Umweltzone wirklich ein geeignetes und vor allem angemessenes Instrument ist, um ihren Zweck zu erfüllen. Dieser liegt vor allem in der Vermeidung von so genanntem Feinstaub in den Innenstädten. Denn seit 2006 sind die Feinstaubwerte in Hannover allerdings innerhalb der Bestimmungen geblieben.

Nur für etwa 10% des Feinstaubs ist der Verkehr verantwortlich.

Der Grenzwert für den Tagesmittelwert wurde seitdem an nicht mehr als 35 Tagen im Jahr überschritten. Außerdem ist für nur etwa 10% des Feinstaubs auch tatsächlich der Verkehr verantwortlich. Der weit-

aus größere Teil wird durch unterschiedliche Witterungsbedingungen von außen eingetragen.

Lockerungen zugunsten Euro-3-Diesel

Mit einem Erlass des Umweltministeriums sollten im Januar die Fahrverbote zugunsten der Euro-3-Diesel in Hannover deshalb gelockert werden. Dazu hat die Deutsche Umwelthilfe vor Gericht aber erreicht, dass dies nicht ohne vorherige Öffentlichkeitsbeteiligung geschehen kann.

Um die Bürger jetzt nicht zu lange im Unklaren zu lassen, habe ich mich mit Oberbürgermeister Weil auf ein gemeinsames Vorgehen zur Umweltzone verständigt.

Eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Landes- und Stadtverwaltung soll praktikable und bürgernahe Lösungskonzepte zur Luftreinhaltung

in Hannover erarbeiten und die Umweltzone insgesamt auf den Prüfstand stellen.

Bürgernahe Lösungskonzepte zur Luftreinhaltung werden gebraucht.

Außerdem haben die Bürgerinnen und Bürger nun weitere sechs Monate Zeit, ihre Fahrzeuge gegebenenfalls nachzurüsten oder eine Ausnahmegenehmigung zu beantragen. In dieser Zeit wird die Stadt lediglich auf die Plakettenpflicht hinweisen bzw. ab Juni berechnete Einwendungen gegen Bußgeldbescheide wohlwollend prüfen.

Hans-Heinrich Sander MdL
Niedersächsischer Minister für Umwelt und Klimaschutz

Nachgefragt

In dieser Rubrik werden Sie künftig über www.fdp-nds.de Fragen stellen können. Sie bestimmen dabei selbst, welche Ihrer Fragen in der nächsten Ausgabe erscheint.

Wir beginnen mit einer Erläuterung des oft falsch verwendeten Begriffs „Neoliberalismus“.

Als „neoliberal“ werden in der Regel drei Schulen des Liberalismus aus dem späten 19. und frühen 20. Jahrhundert bezeichnet. Hierzu zählen 1. die Österreichische Schule mit ihren bekanntesten Vertretern Carl Menger, Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek, 2. die Chicagoer Schule mit Henry C. Simons und Milton Friedman als ihren prominentesten Repräsentanten sowie 3. die Freiburger Schule mit ihren Begründern Walter Eucken und Franz Böhm.

Die deutsche Variante des Neoliberalismus ist auch als Ordoliberalismus bekannt und hat hierzulande die von Alfred Müller-Armack entwickelte und von Ludwig Erhard verwirklichte Soziale Marktwirtschaft inspiriert.

Der deutsche Neo-beziehungsweise Ordoliberalismus zeichnet sich durch eine starke ordnungsgebende Rolle des Staates aus. Anstatt als Marktakteur aufzutreten, gibt der Staat dem Markt klare Regeln vor und versucht dadurch die negativen Tendenzen eines vollständig freien Marktes zu verhindern.

Seine Aufgabe ist es, einen Ordnungsrahmen zu entwickeln, in dem der Staat durch Gesetze Kartelle und Preisabsprachen verhindert, sowie freien Wettbewerb durch Transparenz und freien Marktzugang garantiert.



LESERBRIEFE

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

künftig werden Sie an dieser Stelle die Möglichkeit haben, Ihre eigenen Leserbriefe in *Niedersachsen liberal* wiederzufinden. Wir freuen uns auf Ihre Kommentare und Anregungen und hoffen auf Ihre rege Teilnahme. Schreiben Sie uns!

Mit freundlichen Grüßen

Mignon Fuchs

Landesgeschäftsführerin
FDP Niedersachsen

WIRTSCHAFT & FINANZEN



Christian Dürr MdL

■ **Es hätte so schön werden können...** Wäre die Wirtschafts- und Finanzkrise nicht dazwischen gekommen, hätte Niedersachsen in diesem Jahr ein historisches Ereignis feiern können: Den ersten ausgeglichenen Haushalt in der Geschichte des Landes. Dieses Ziel musste die Landesregierung im vergangenen Jahr der Krise opfern und 2,3 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen.

Wie ist die Lage in Niedersachsen

FDP-Fraktionschef Christian Dürr sagt: „Es hätte noch schlimmer

Schwieriger Landeshaushalt nach der Wirtschaftskrise

FDP-Fraktionschef Christian Dürr denkt über 2011 hinaus.

kommen können – wir haben in Niedersachsen davon profitiert, dass wir seit 2003 den Haushalt konsequent konsolidiert haben.“ Trotz der heftigsten Wirtschafts- und Finanzkrise seit 80 Jahren liegt man immer noch unter der Nettoneuverschuldung der SPD aus dem Jahr 2003. Zugleich habe die Landesregierung Niedersachsen sicher durch die Krise geführt. Im Vergleich zu den bundesweiten Prognosen stehe Niedersachsen bei den Konjunkturaussichten für 2010 besser da.

Wege in die Zukunft

Für Dürr ist dennoch klar, dass jetzt weiter eisern gespart werden muss. Ein Anfang sei schon gemacht. Die Landesregierung ist sich einig, bis zum Jahr 2015 in der Landesverwaltung insgesamt 1.500 Stellen abzubauen. Zudem ist geplant, dass Landesbeamte



„Gerechtigkeit bedeutet eben auch Leistungs- gerechtigkeit. Wir führen das berechtigte Streben der Menschen nach Wohlstand ad absurdum, wenn es sich in diesem Land nicht mehr lohnt, sich anzustrengen. Die Wahrheit ist: Dieser politische Irrweg führt geradewegs in die sozialpolitische Katastrophe.“

FDP-Fraktionschef Christian Dürr in der Hartz-IV-Debatte des Niedersächsischen Landtages am 17. Februar 2010.

später in Pension gehen. Freiwerdende Lehrerstellen sollen in Zukunft so besetzt werden, dass die Unterrichtsversorgung sichergestellt und die Anzahl der Schüler pro Klasse schrittweise reduziert werden kann.

2017 keine Nettoneuverschuldung mehr!

Das Ziel lautet: Bis zum Jahr 2017 soll bei der Nettoneuverschuldung die Null stehen! „Das reicht aber nicht“, sagt Dürr. Er macht deutlich: „Wir müssen jetzt schon auf Nie-

dersachsen 2020 schauen. Dabei wird die FDP-Fraktion im Landtag den Kurs vorgeben!“ Klar sei: Sach- und Verwaltungskosten müssten weiter reduziert und Subventionen noch einmal kritisch hinterfragt werden. Und: Die FDP werde noch einmal die Landesbeteiligungen unter die Lupe nehmen.

Dabei geht es laut Dürr allein um die Frage: Welche Beteiligung dient tatsächlich dem Landesinteresse? Dürrs Fazit: „Wer jetzt sinnvoll spart eröffnet Niedersachsen alle Chancen auf eine solide und gute Zukunft!“

TERMINE

Termine des Landesverbandes

- **61. Ord. Bundesparteitag der Freien Demokratischen Partei**
24. und 25. April 2010
Beginn am Samstag um 11 Uhr
und am Sonntag um 9 Uhr
in Köln, Congress Centrum Köln Messe, Eventhalle 9
Deutz-Mühlheimer Str. 111
- **FDP Golfturnier des Landesverbandes Niedersachsen**
10. Juli 2010, ab 9.30 Uhr
Empfang – Begrüßung & gemeinsames Frühstück mit **Dr. Philipp Rösler**,
11 Uhr Turnierbeginn
durch Kanonenstart, Golfclub Wümme e.V., Hof Emmen Westerholz, 27383 ScheeBel, Anmeldung bitte bis zum 14.06.2010 an die Fax-Nr.: 0 42 63/93 17-4123 senden oder per Mail an d.bender@mam-babyartikel.de

WIRTSCHAFT & FINANZEN



Christian Grascha MdL

■ **Es ist ein Geben und Nehmen** in der Steuerpolitik. Während die FDP versucht, den Mittelstand durch Steuererleichterungen zu entlasten, lassen sich die Grünen im Gegenzug neue Belastungen einfallen. Jüngstes Beispiel: Die so genannte Kulturförderabgabe.

Übernachtungsgäste sollen lokale Kultur finanzieren

Die Kulturförderabgabe wurde unter anderem schon in Lüneburg, Osna-brück und Hannover diskutiert. Ziel einer solchen Abgabe wäre, dass sich Hotelgäste an den Kultur- ausgaben beteiligen. Der Parla- mentarische Geschäftsführer der FDP- Fraktion, Christian Grascha, kann bei so viel Dreistigkeit nur noch den Kopf schütteln. „Die Idee wird nicht

umsonst als „Bettensteuer“ verunglimpft“, sagt Grascha.

Warum für kulturelle Einrichtungen zahlen, die man nicht nutzt?

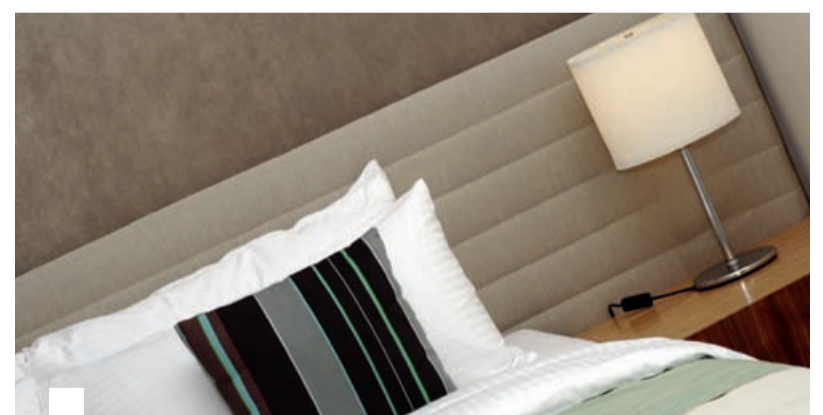
Er sieht nicht ein, warum Geschäftsreisende für kulturelle Einrichtungen zahlen sollten, die sie gar nicht in Anspruch nähmen – oder warum Städtetouristen sich möglicherweise an der Finanzierung von Stadtteilbibliotheken beteiligen, die sie ebenfalls nicht nutzen.

Verfassungsmäßig zweifelhaft

Grascha sagt, die gelb-schwarze Bundesregierung habe die Hoteliers entlastet und damit eine Investitionswelle in den Betrieben ausge-

Grüne Selbstbedienung bei Hotel-Gästen

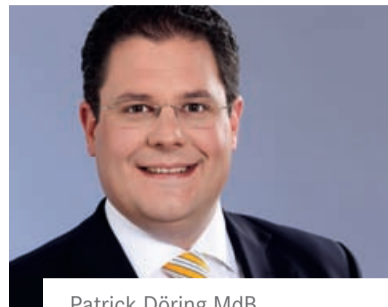
Christian Grascha zweifelt am Sinn einer „Bettensteuer“.



löst. „Da muss man nun nicht nach dem Motto ‚rechte Tasche, linke Tasche‘ versuchen, krampfhaft neue Einnahmequellen zu finden.“ Außerdem sei eine solche Gebühr aufgrund der Doppelbesteuerung verfassungsmäßig äußerst zweifelhaft. Grascha meint, es gebe andere Mit-

tel gegen klamme Kassen bei der Kulturförderung – zum Beispiel ein stärkeres bürgerliches Engagement.

Er stellt klar: „Die kulturellen Einrichtungen sind in der Kommune für alle da – und nicht nur für die Übernachtungsgäste.“



Patrick Döring MdB

■ **Keine Frage:** Nicht alles in der neuen Regierung läuft rund, nicht alles läuft harmonisch – ich persönlich hätte mir auch nicht vorstellen können, dass in zentralen Bereichen wie der Steuer- oder Gesundheitspolitik die Union inzwischen so weit nach links gerückt ist. Wir müssen da weiter dicke Bretter bohren, um zu guten Lösungen zu kommen. Das ist Politik.

Vor einem Neuanfang in der Verkehrspolitik

Bundestagsabgeordneter Patrick Döring würdigt die Leistungen der Koalition.

Das laute Getümmel im Vordergrund der politischen Bühne, die donnernen Kommentare und die teils vernichtende Kritik der Journalisten verdecken allerdings eines: Dass in vielen Politikbereichen die Koalition hervorragend zusammenarbeitet.

In vielen Bereichen arbeitet die Koalition hervorragend zusammen.

Beispiel Verkehrspolitik: Nachdem über Jahre hinweg nur der Notstand

verwaltet wurde, schaffen wir jetzt endlich ein in sich schlüssiges Finanzierungssystem für die Infrastruktur. Straße soll für Straße, Schiene für Schiene zahlen. Gleichzeitig werden wir die vorhandenen Mittel effizienter einsetzen und die Bauprojekte neu priorisieren – Investitionen sollen sich in Zukunft nach dem tatsächlichen Bedarf orientieren. Mit dem gleichen Einsatz kümmern wir uns den Klima- und Umweltschutz, verbessern zum Beispiel den Lärmschutz deutlich.

.....
Aktive Politik in den Bereichen Verkehr, Klima- und Umweltschutz.
.....

Die Kritik der SPD, dass wir in hundert Tagen nicht schaffen, was ihren Ministern in elf Jahren nicht gelang, ist selbst für eine Oppositionspartei peinlich. Diese Reformen brauchen Zeit, und ich bin sicher, dass wir gute Ergebnisse erreichen. Das erwarten nicht nur unsere Wähler – das erwarten auch wir von uns.



Die Weichen auf Wachstum stellen

Bundestagsabgeordneter Carl-Ludwig Thiele plädiert dafür, sich gemeinsam für zukünftiges Wachstum stark zu machen.

■ **Die Bundesrepublik Deutschland** hat im vergangenen Jahr mit einem Minus von 5 Prozent den stärksten Wachstumseinbruch ihrer Geschichte erlebt. In realen Zahlen bedeutet dies, dass im letzten Jahr 120 bis 130 Milliarden Euro weniger erwirtschaftet wurden als im Vorjahr. Von diesem gewaltigen Wachstumseinbruch sind nicht alle in gleichem Maße betroffen. Viele Menschen bekommen davon kaum etwas mit. Das bedeutet aber auch, dass diejenigen, die von dem Wachstumseinbruch betroffen sind,

umso stärker betroffen sind. Hunderttausende Menschen haben ihren Arbeitsplatz verloren, befinden sich in Kurzarbeit, mussten Insolvenz anmelden oder haben Angst um ihren Arbeitsplatz.

Es sind nicht alle gleich stark vom Wachstumseinbruch betroffen.

Für dieses Jahr wird zum Glück wieder mit einem Wachstum von 1,4 Prozent gerechnet. Dies ist jedoch nicht garantiert, es kann auch an-

ders kommen. Deshalb besteht die Hauptaufgabe der Politik darin, die Weichen auf Wachstum zu stellen. Dies ist der einzige Weg, um bestehende Arbeitsplätze zu sichern und den Rahmen dafür bereitzustellen, dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden können.

.....
Wachstum lässt sich nur erreichen, wenn etwas erwirtschaftet wird.
.....

Wachstum lässt sich nur erreichen, wenn in unserem Land etwas erwirtschaftet wird. Nicht der Staat erwirtschaftet die Gelder, die zum Bruttoinlandsprodukt und damit zu Steuern und Sozialeinnahmen führen. Das Bruttoinlandsprodukt wird in unserem Land Tag für Tag von vielen Millionen Menschen erwirtschaftet, die



Carl-Ludwig Thiele MdB

mit ihrer Tatkraft den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien sicherstellen. Nur wenn diese Menschen positiv nach vorne schauen und anpacken, dann verfügt unser Gemeinwesen über die Kraft, die nötig ist, damit wir den Schwächeren in unserer Gesellschaft in dem Maße helfen können, wie sie es benötigen. Nur wenn in unserem Land etwas erwirtschaftet wird, dann kann auch etwas verteilt werden.



Hans-Michael Goldmann MdB

Große Aufgaben im Bereich Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Hans-Michael Goldmann, Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, will die Dinge anpacken.

■ **Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,** die ersten zwei Monate des Jahres 2010 sind schon wieder vorüber und der Frühling naht ganz langsam. So turbulent wie das Jahr inhaltlich begonnen hat, wird es in den kommenden Monaten auch weitergehen, denn es gibt viel zu tun. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz nimmt sich unter meinem Vorsitz einer Menge unterschiedlichster Themen an, bei denen in der kommen-

den Zeit weitere Schritte und Maßnahmen stattfinden müssen. Es vergeht kaum ein Tag an dem unter den Kollegen nicht über die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik geredet wird. Weitere elementare Themen sind der Klimaschutz, die Solarförderung und auch die Entwicklung der Preise bei den Biokraftstoffen.

Elementare Themen sind Klimaschutz, Solarförderung und Biokraftstoffen.

Aber auch der Ernährungssektor darf nicht zu kurz kommen, so muss die Debatte um die Nährwertkennzeichnung endlich zu einem erfolgreichen Ende kommen. Das gleiche gilt im finanziellen Verbraucherschutz, auch hier bestehen immer noch zu große Lücken zum angemessenen Schutz unserer Verbraucher. Die Thematik des finanziellen Verbraucherschutzes greife ich am 17.03.2010 mit den Verbraucher- und Finanzpolitikern aller Fraktionen, sowie Vertretern aus

Verbrauchereinrichtungen und Banken wieder in einem Fachgespräch auf.

.....
Fachgespräch zum Verbraucherschutz am 17. März.
.....

Es sind für die kommende Zeit viele Aufgaben zu bewältigen, wir werden mit viel Verantwortung und guter Organisation als Sprachrohr unserer Wähler erfolgreich voranschreiten.

Von zu weiten Hosen und neuen Torjägern

Die FDP-Fraktion spielt erfolgreich beim Landtags-Cup
Es gibt Probleme, die andere gerne hätten. „Letztes Jahr haben mir die Sportsachen nicht richtig gepasst – und in diesem Jahr passen sie schon wieder nicht“, monierte der FDP-Bildungsexperte Björn Försterling beim Fußball-Landtags-Cup Anfang März. Er hatte in sieben Monaten 34 Kilo abgenommen. Im vergangenen Jahr war die Sporthose ein wenig eng, in diesem Jahr zu weit. Ein Problem, mit dem Försterling allerdings gut leben konnte...



Die Kleidungsfrage war für die Fraktion in diesem Jahr eher nebensächlich. Nach dem letzten Platz im Vorjahr ging es diesmal um die Ehre. Fraktionsgeschäftsführerin Bianca Beyer stellte klar, dass es um eine bessere Platzierung ging („Dass mir das nicht noch einmal vorkommt!“). Alle mussten ran. Fraktionssprecher Martin Brüning, der verletzungsbedingt ausfiel, organisierte kurz vor dem Turnier noch seine Hallenschuhe. Die passten Fraktionschef Christian Dürr, der zwischen zwei Terminen in der Fußball-Halle vorbeifuhr. Besonders profitierte die Fraktion von einem „Neueinkauf“. Landtags-Nachrücker Gero Hocker profilierte sich als echter „Goal-Getter“.

Kampfgeist und Torgefährlichkeit zahlten sich aus: Am Ende landete die Fraktion unter sieben Teilnehmern auf dem dritten Platz – hinter dem „Team Landtag“ und der SPD. Jetzt wird auf die Anfragen von Jogi Löw gewartet – das Fraktionsteam ist bereit für Südafrika!

Martin Brüning

Bilder vom Landtagscup im Internet:
www.fdp-fraktion-nds.de

NÄHKÄSTCHEN



NEUES AUS EUROPA

EUROPA

Neues aus Europa

Am 10. Februar 2010 hat die neue Europäische Kommission ihre Arbeit aufgenommen, nachdem das Europäische Parlament dem Kollegium zuvor mehrheitlich seine Zustimmung gegeben hatte.

Auch die Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten in Europa stimmte dem vorgeschlagenen Kollegium der Kommissare zu. Die Abstimmung war ursprünglich für Ende Januar vorgesehen, musste allerdings verschoben werden, da die designierte bulgarische Kommissarin Rumjana Schelewa wegen mangelnder fachlicher Kompetenz sowie unvollständigen Angaben zu ihren Nebeneinkünften ihre Bewerbung um das Amt zurückgezogen hatte.

Dem Kollegium gehören insgesamt 27 Kommissaren an – je einer pro EU-Mitgliedstaat. Aus FDP-Sicht erfreulich ist, dass 8 der 27 Kommissare der liberalen Parteienfamilie entstammen. Zudem konnten sich die Liberalen einige Schlüsselressorts in der Kommission sichern. So ist der Finne Olli Rehn als Kommissar für Wirtschafts- und Währungsfragen zuständig, während die ehemalige schwedische Europaministerin Cecilia Malmström mit den Themen Datenschutz und Innere Sicherheit betraut wird. Bei zentralen Herausforderungen europäischer Politik wie etwa der Währungsstabilität, der Finanzmarktaufsicht oder aber Asyl und Flüchtlingen wird Europapolitik zukünftig eine starke liberale Handschrift tragen.

NEUES AUS EUROPA

„Stark vor Ort“!

In Brüssel aktiv und gleichzeitig „stark vor Ort“ sein ist das Motto für die Arbeit der Europaabgeordneten Gesine Meißner.



Für die FDP in Brüssel: Gesine Meißner MdEP

■ **Im Jahr 2010** werden verschiedene Projekte diesem Vorsatz Rechnung tragen. In Niedersachsen Liberal spricht die Abgeordnete heute schon über ihre Pläne.

■ **Konferenz zum Jade-Weser-Port** Bereits im ersten Halbjahr plane ich eine halbtägige Konferenz in Nie-

dersachsen zum Jade-Weser-Port. Inhalt soll der zukünftige Beitrag des neuen Hafens zum nordeuropäischen Hafennetz und zur Entwicklung einer nachhaltigen maritimen Wirtschaft mit effizienter Hinterlandanbindung sein. Themen, die mir sowohl als Obfrau im Verkehrsausschuss im Europäischen Parla-

ment als auch als Niedersächsin am Herzen liegen. Die europäischen Liberalen (ELDR) haben für diese Konferenz ihre finanzielle Unterstützung genehmigt. Außerdem möchte ich in diesem Jahr in Brüssel ein Seminar zur Schwefelbindung von Schiffsemissionen unter Einbezug einer niedersächsischen Firma organisieren.

Einladungen nach Brüssel und Straßburg

Um Einblick in meine Arbeit in Brüssel bzw. Straßburg zu geben, lade ich mehrmals im Jahr zu Informationsreisen in die beiden Orte des Europäischen Parlaments ein. Ich freue mich, dass sich immer mehr Interessierte melden und diese Gelegenheit zum „persönlichen Kontakt mit der EU“ wahrnehmen. Ansprechpartnerin hierzu ist Kirsten Zander im Europabüro in Wennigs-

en (Tel.:05103 / 706637 fdp-wk-hannover@web.de).

Enger Kontakt zu den Bürgern

Seit 1. Januar habe ich auch in der Landesgeschäftsstelle in Hannover ein Europabüro eingerichtet. Petra Hellmann (0511 / 2807136 fdp-wk-hannover@web.de), zuvor langjährige Büroleiterin von Ina Lenke, koordiniert dort meine Termine in Niedersachsen, Hamburg und Bremen. Für den „schriftlichen Draht“ sorgt mein Newsletter, der seit diesem Jahr regelmäßig erscheint und über aktuelle und zukünftige Vorhaben meiner Arbeit im Europaparlament informiert. Ich freue mich über interessierte Leser, entweder auf meiner Homepage www.gesine-meissner.de oder über den Email-Verteiler, der sich zurzeit im Aufbau befindet. Wer möchte, kann sich dafür auf meiner Homepage eintragen.

KOMMUNALPOLITIK

JUNGE LIBERALE



Matthias Seestern-Pauly

Drei Argumente für ... starke JuLis vor Ort!

Der Landesvorsitzende Matthias Seestern-Pauly beschreibt, warum für uns JuLis die Kommunalpolitik so wichtig ist!

■ **Viele jugendpolitische Entscheidungen** werden in den kommunalen Gremien von Städten und Gemeinden getroffen. Daher ist es wichtig, dass starke JuLis-Verbände vor Ort aktiv sind. Gerade im letzten Jahr gab es zahlreiche Neugründungen von Kreisverbänden, so dass die JuLis fast flächendeckend in Niedersachsen vertreten sind. Drei Gründe, warum dies gerade für die kommende Kommunalwahl 2011 so wichtig ist.

1. Politik vor Ort berührt die Menschen

Gerade die Politik in den Kreistagen sowie in den Städte- und Gemeinderäten wird von vielen Menschen intensiver wahrgenommen, als Entscheidungen in Hannover und Berlin. Aus meiner Sicht ist es nachvollziehbar, dass es viele Menschen mehr interessiert, wo ein neues Baugebiet ausgewiesen wird, ob die Gelder für Kinderspielflächen und Jugendzentren aufgestockt oder gestrichen werden und ob eine städtebauliche Maßnahme vorgenommen wird oder nicht. Warum ist dies

so? Weil die Menschen in dieser Kommune leben und zwar jeden Tag. Sie sind häufig direkt von einer Entscheidung betroffen.

Liberaler Ideen für die Menschen in der Kommune verwirklichen.

Die JuLis wollen auf den Listen der FDP die Politik vor Ort mitgestalten und so liberale Ideen für die Menschen verwirklichen. Damit dies gelingen kann, brauchen wir einen „guten Mix“ aus jungen und erfahrenen FDP Mandatsträgern. Vor diesem Hintergrund ist es noch nachvollziehbarer, weshalb es so wichtig ist, so viele JuLis-Kreisverbände zu reaktivieren.

2. Starke JuLi Kreisverbände vor Ort

Unsere Kreisverbände leisten eine hervorragende Arbeit. Dies sieht man z.B. auch an den halbjährlichen Wettbewerben des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Dort gehören die niedersächsischen Kreisverbände regelmäßig zu den



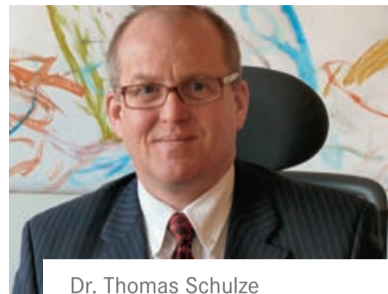
Gewinnern bei den Aktions-, Mitglieder- und Pressewettbewerben. Gleichzeitig sitzen viele JuLis in den „kommunalen Parlamenten“, die somit dafür sorgen, dass wirklich das ganze Altersspektrum der Wählerschaft von vergleichsweise Gleichaltrigen angesprochen werden kann.

Es sollen wirklich alle Altersgruppen angesprochen werden.

Dieser Aspekt ist nach meinem Befinden sehr wichtig, denn alleine aus der allgemeinen Lebenssituation und -bedürfnissen eines Lebensabschnittes heraus, ist es für einen Menschen immer einfacher mit einem Gleichaltrigen ins Gespräch zu kommen.

3. Jugendliche vor Ort direkt ansprechen

Durch die verschiedensten Aktionen haben wir schon in der Vergangenheit zahlreiche Jugendliche angesprochen und für unsere Anliegen gewinnen können. Derzeit arbeiten wir mit Hochdruck an einer neuen Mitglieder- und Imagekampagne, die ihren Höhepunkt während der Kommunalwahl 2011 erreichen wird. Selbstverständlich werden wir Sie rechtzeitig wieder informieren, sodass gegebenenfalls gemeinsame Aktionen vor Ort abgestimmt werden können.



Dr. Thomas Schulze

VLK begrüßt Einsetzung der Gemeindefinanzkommission

Die Bundesregierung hat erklärt, eine Gemeindefinanzkommission einzusetzen. Die Grundlagen der kommunalen Finanzen können so auf solide Beine gestellt werden.



■ Eine unabhängige, stabile Finanzlage

Aus Sicht der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker in Niedersachsen e.V. (VLK) müssen die Einnahmequellen der Kommunen grundsätzlich umgestellt werden: Weg von der unstetigen, konjunkturabhängigen und daher in ihrem Aufkommen nicht planbaren Gewerbesteuer hin zu einem Hebesatzrecht auf die Einkommen- und Körper-

schaftsteuer sowie einem höheren Anteil am Umsatzsteueraufkommen.

Vernünftige, durchdachte Entscheidungen

Eine solche Umstellung muss einhergehen mit einer grundlegenden Aufgabenkritik und einer Verankerung des Konnexitätsgrundsatzes auch im Verhältnis zwischen Bund und Kommunen.

Die finanziellen Folgen einzelner Entscheidungen abwägen.

Das Prinzip 'Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen' im Verhältnis zwischen Land und Kommunen wurde bereits 2003 in Niedersachsen Gesetz. Dies hat spürbar dazu geführt, dass der Landesgesetzgeber bei Anordnung neuer kommunaler Aufgaben genau über die finanziellen Folgen jeder einzelnen Entscheidung nachdenkt. Dies muss zukünftig auch im Verhältnis zum Bund funktionieren. Niedersachsen hat es vorgemacht!

Dr. Thomas Schulze,
Vorsitzender der VLK
Niedersachsen
www.vlk-nds.de

■ LIBERALE FRAUEN



Liberaler Frauen legen neue Aktionskarte auf

Gemeinsam mit dem Landesverband der FDP Niedersachsen legen die Liberalen Frauen eine neue Postkarte unter dem Motto „We can do it!“ auf.

■ **Dem bekannten** amerikanischen Postermotiv aus den 1940er Jahren nachempfunden, werden wir auf der Karte Frauen zeigen, die sich in der FDP und für die FDP engagieren – ganz egal, ob sie bereits für die FDP auf kommunaler, Landes-, Bundes- oder Europaebene ein Mandat ausüben oder erst ganz kurz Mitglied in der FDP sind. Am Rande des Landesparteitags der FDP Niedersachsen in Lüneburg ha-

ben wir dafür bereits Fotos von starken Frauen aufgenommen.

Das Engagement der Frauen in der FDP stärken und fördern!

Mit der Kampagne wollen wir nicht nur zeigen, dass es viele Frauen gibt, die ihre Energie und Ideen in die FDP oder in ein politisches Mandat stecken. Zugleich möchten wir

Frauen ermuntern, Mitglied zu werden und als FDP-Mitglied aktiv zu werden.

Agneta Achterberg, Vorsitzende
(agneta.achterberg@liberale-frauen-nds.de)

P.S. Schon auf unsere neue Internetseite geschaut?
www.liberaler-frauen-nds.de



Agneta Achterberg,

■ LIBERALER MITTELSTAND

liberaler mittelstand Niedersachsen e.V.

Mittelstandspolitik: Mit Wachstum aus der Krise

Wie ist der Stand der Dinge im Mittelstand?



■ Der Mittelstand trägt viel Last der Krise

Man muss dieser Tage offenbar wieder einmal daran erinnern: Wir befinden uns gegenwärtig immer noch in der schwersten Wirtschaftskrise seit 60 Jahren. Im vergangenen Jahr ist das Wachstum um sechs Prozent eingebrochen. Eine Krise am Arbeitsmarkt konnte bisher nur durch die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und die Bedachtsamkeit der Unternehmer und Gewerkschaften verhindert werden.

Eine deutliche Stärkung des Mittelstandes bringt wirtschaftliches Wachstum.

In dieser Situation ist es bemerkenswert, wenn jetzt so getan wird, als sei die Anhebung der Hartz IV-Sätze unser größtes Problem. Fakt ist: Ohne eine deutliche Stärkung des Mittelstandes bleibt die wirtschaftliche Erholung auf der Strecke. Dadurch geriete unser Sozialstaat vollends in die Schieflage.

Denn es gilt die alte Maxime des großen Nationalökonomen und geistigen Vaters der Sozialen Marktwirtschaft, Walter Eucken: dass nur verteilt werden kann, was vorher produziert wurde.

Aktive Politik für den Mittelstand

Dafür setzen wir uns gemeinsam mit aller Kraft ein: Wir sind nicht nur Landtags- und Bundestagsabgeordnete, sondern kennen selbst als Unternehmer und Mitglieder des Liberalen Mittelstandes die Sorgen und

Nöte kleiner und mittlerer Unternehmen. Nach dem Regierungswechsel haben wir bereits einiges erreicht und Wachstumshemmnisse im Unternehmenssteuerrecht beseitigt.

Unternehmersteuerrecht wurde bereits verbessert.

Aber um dauerhaftes Wachstum zu stimulieren, müssen wir Bürger und Unternehmer weiter entlasten und bürokratische Hemmnisse abbauen. Dafür schalten wir, Ihre FDP Abgeordneten Gabriela König, Patrick Döring und Torsten Staffeldt jetzt zwei Gänge hoch. Denn wie die aktuelle Debatte zeigt, wird in Deutschland immer noch lieber verteilt als erarbeitet.

Patrick Döring MdB
Gabriela König MdL
Torsten Staffeldt MdB

□ Die Bissigen Liberalen ohne Gnade

Die Bissigen Liberalen ohne Gnade, kurz B.L.O.G., stellen liberale Positionen unterschiedlicher Herkunft zur Diskussion. Ihr Wahlspruch: „Die Liebe zur Freiheit, die nur die Freiheit des Individuums sein kann. Und die Überzeugung, dass nur aus dieser Freiheit heraus alles entsteht, was erhaltenswert ist.“

www.bissige-liberale.net

□ ÖkonomenBlog

Mit dem ‚ÖkonomenBlog‘ gibt die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) jede Woche prominenten Autoren aus Politik, Wirtschaft und Lehre die Möglichkeit, fundierte Beiträge zu aktuellen Themen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zu veröffentlichen.

www.insm-oekonomenblog.de

□ Antibürokratierteam

Das Antibürokratierteam hat sich als unabhängiger Blog dem Kampf gegen die Herrschaft der Bürokratie verschrieben. „Undogmatisch, politisch inkorrekt und polemisch jenseits überkommener Schablonen von rechts und links“, greift das Antibürokratierteam aber auch Themen abseits des Bürokratischen auf.

www.antibuerokratienteam.net

□ Zettels Raum

Um Aufklärung geht es in „Zettels Raum“. Zettel - ein Hochschullehrer im Ruhestand - sieht sich als liberalkonservativ. Er ist ein skeptischer Konservativer und zugleich ein Liberaler, der die Hoffnung auf eine vernünftige Gesellschaft nicht aufgegeben hat.

zettelsraum.blogspot.com

□ Der Preis der Freiheit ist stetige Wachsamkeit

Unter dem Wahlspruch „Der Preis der Freiheit ist stetige Wachsamkeit“ widmet sich der niedersächsische Liberaler Jan Filter der deutsche Politik. Seine besondere Aufmerksamkeit gilt zensurfreudigen Unionspolitikern sowie linken Sozialstaatsphantasien.

blog.jan-filter.de

EHRUNGEN 2010

50 Jahre Mitglied der Freien Demokratischen Partei:**Herbert Fangrad**

Eintrittsdatum 27. Januar 1960
Kreisverband Oldenburg-Land

Ranghild Himstedt

Eintrittsdatum 04. Februar 1960
Kreisverband Region Hannover

Gerda Versen

Eintrittsdatum 01. Mai 1960
Kreisverband Göttingen

August Grothey

Eintrittsdatum 01. Juli 1960
Kreisverband Göttingen

Arno Spangenberg

Eintrittsdatum 01. Juli 1960
Kreisverband Göttingen

Hans-Eduard Spies

Eintrittsdatum 01. August 1960
Kreisverband Stade

Günther Francke

Eintrittsdatum 20. August 1960
Kreisverband Northeim

Hermann B. Wahrenburg

Eintrittsdatum 27. August 1960
Kreisverband Goslar

Fini Bleckmann

Eintrittsdatum 31. August 1960
Kreisverband Region Hannover

Helga Gustafsen

Eintrittsdatum 22. Oktober 1960
Kreisverband Lüneburg

60 Jahre Mitglied der Freien Demokratischen Partei:**Gunther Gustafsen**

Eintrittsdatum 25. November
1950 Kreisverband Lüneburg

PARTEI

Neuigkeiten aus den Verbänden

Auf dem Bezirksparteitag der FDP Braunschweig am 06.02.2010 wurde ein neuer Bezirksvorstand gewählt.

■ **Zum neuen Vorsitzenden** wählten die Delegierten aus den acht Kreisverbänden der Region Braunschweig den Wolfenbütteler Landtagsabgeordneten Björn Försterling.

„Den Delegierten ist es gelungen, einen schlagkräftigen neuen Bezirksvorstand mit einem Team aus jüngeren und älteren Liberalen zu wählen, welches die gesamte Region hervorragend repräsentiert“, zeigte sich Försterling begeistert über den neuen Vorstand. Förster-

GESELLSCHAFT



Gerd-Dietrich Tiefensee

■ Demographischer Wandel

Der demographische Wandel, der in unserer Gesellschaft schon seit einigen Jahrzehnten zu beobachten ist und seine Ursache in stagnierenden Geburtenzahlen und gestiegener Lebenserwartung hat, wird die Altersstruktur unserer Bevölkerung und die Verhältnisse der verschiedenen Altersgruppen zueinander erheblich verändern. Lag die Gesamtzahl der unter 20jährigen im Jahre 1950 noch bei rd. 21 Mio. und der über 65jährigen bei rd. 7 Mio., haben die unter 20jährigen und die über 65jährigen im Jahre 2005 mit jeweils rd. 16 Mio. gleichgezogen.

2050 sind nur noch halb so viele Menschen unter 20 wie über 65.

Nach neueren Hochrechnungen der Statistiker wird sich dieses Verhältnis bis zum Jahre 2050 noch völlig umkehren: Die unter 20jährigen werden dann etwa 10 Mio. und die über 65jährigen etwa 23 Mio. zählen.

Mit der Altersverschiebung kommt die Interessenverschiebung

Diese Entwicklung hatte schon gravierende Auswirkungen auf viele Bereiche unserer Gesellschaft und wird die Bedeutung der verschiedenen Altersgruppen und ihre Einflussmöglichkeiten auf die von ihnen verfolgten Bedürfnissen und Interessen noch wesentlich verschieben. Zwar wird die Gruppe der über 20- bis 64jährigen, die über-

lings Stellvertreter sind Florian Bernschneider aus dem Kreisverband Braunschweig, Michael Ehret aus dem Kreisverband Salzgitter und Michael Holzen aus dem Kreisverband Peine.

Die langjährige Schatzmeisterin Hedda Reichart aus dem Kreisverband Helmstedt wurde ebenso wiedergewählt wie Schriftführer Dirk Heinrich Heuer aus dem Kreisverband Peine. Als Beisitzer gewählt wurden Martin Kleemeyer und Mar-

Bedeutung und Einfluss der Älteren wachsen!

Die Verschiebung der Altersstrukturen in unserer Gesellschaft stellt neue Herausforderungen an unser Denken und Handeln.

wiegend erwerbstätig ist und in dem betrachteten Zeitraum durchgehend eine deutliche Mehrheit bildet, schon aus Eigeninteresse dafür sorgen, einen vernünftigen Ausgleich zwischen den Altersgruppen zu schaffen. Schließlich muss diese Altersgruppe auch für alles „aufkommen und bezahlen“.

Die Generation 65+ wird ein Drittel der Bevölkerung stellen.

Aber allein das Anwachsen der über 65jährigen auf ein Drittel der Bevölkerung dürfte deren Bedürfnisse und Interessen spürbar in den Vordergrund schieben. Dies wird mehr oder weniger zu Lasten der anderen Altersgruppen geschehen, wenn nicht gegengesteuert wird.

Jetzt eine liberale, bürgerliche Gesellschaft etablieren

Wichtige Wegmarken bei der Weiterentwicklung unserer Gesellschaft sind Wahlen wie etwa kürzlich die Bundestagswahl, der wir eine neue Regierungskoalition verdanken, und deren Gehversuche wir nun beobachten können. Für die FDP hat diese Wahl die Chance eröffnet, eine liberale bürgerliche Gesellschaft zu etablieren und damit einer weiteren „Sozialdemokratisierung“ unseres Landes einen Riegel vorzuschieben. Das ist auch das zentrale Interesse der LIBERALEN SENIOREN, die eine offene Gesellschaft wollen, in der jeder das Recht hat, nach seinen Ideen zu le-

ben, und dafür auch die Verantwortung trägt, und die von einer Kultur des Zusammenlebens aller Generationen mit gleichen Rechten und Pflichten geprägt ist.

Eine Kultur des Zusammenlebens aller Generationen mit gleichen Rechten und Pflichten.

Auffallend bei dieser Bundestagswahl war allerdings, dass die Wähler über 65 nur unterdurchschnittlich der FDP ihre Stimme gegeben haben. Dies hat offenbar an den einschlägigen Veröffentlichungen und dem Wahlkampfkonzept der FDP gelegen, die gezielt die bis zu 45jährigen angesprochen haben. An der wachsenden Bedeutung und dem steigenden Einfluss der Älteren steuert die FDP aber damit vorbei.

Gerd-Dietrich Tiefensee
Landesvorsitzender der
LIBERALEN SENIOREN

TERMINE**Die nächsten Veranstaltungen der LIBERALEN SENIOREN.**

- **16. April 2010**
Mitgliederversammlung des Landesverbandes
- **11./12. Juni 2010**
Bundesdelegiertenversammlung des Bundesverbandes in Rostock

■ FDP BRAUNSCHWEIG



Der neue Bezirksvorstand der FDP Braunschweig

Björn Försterling MdL

Bildungs- und Jugendpolitischer Sprecher / FDP-Landtagsfraktion Niedersachsen

Vorsitzender der FDP-Kreistagsfraktion Wolfenbüttel

TERMINE

Friedrich Naumann Stiftung
Veranstalter RB Hannover

□ **Gerlinde Unverzagt:**
„Eltern an die Macht“
15. April, 19:00 - 21:00
„die hinterbühne“
Hildesheimer Str. 39a, Hannover
Partner: Liberale Frauen NDS

□ **Susanne Schmidt:**
Im Zentrum der Finanzkrise
20. April, 19:30 - 21:30
Buchhandlung Leuenhagen & Paris
Lister Meile 3, Hannover
Partner: Leuenhagen & Paris

□ **Rhetorik 24. April, 9:00 - 18:00**
Starr Inn Hotel Columbus Bremen
Bahnhofplatz 5-7, Bremen
Partn.: Liberale Gesellschaft Bremen

□ **Fundraising**
24. April, 9:30 - 17:30
Mercure Hotel Hannover Mitte
Postkamp 10, Hannover
Partner: Virtuelle Akademie

□ **Rhetorik für Frauen**
08. Mai, 9:00 - 18:00
Mercure Hotel Hannover Mitte
Postkamp 10, Hannover
Partner: Liberale Frauen NDS

□ **Diskutieren und verhandeln**
05. Juni, 9:00 - 18:00
Mercure Hotel Hannover Mitte
Postkamp 10, Hannover

IMPRESSUM



Freie Demokratische Partei
Landesverband Niedersachsen

Walter-Gieseking-Str.22
30159 Hannover

V.i.S.d.P.: Dr. Christiane
Ratjen-Damerau

Eine aktuelle Anzeigenpreisliste
schicken wir Ihnen gerne zu.

Telefon **0511 - 280 71-0**
Telefax **0511 - 280 71-25**
E-Mail **nds@fdp.de**
Internet **www.fdp-nds.de**
Auflage **6.800 Exemplare**

Grafik inpur, www.inpur.de

Druck Unger und Pauselius, Hameln

Fotos Bildarchiv Fraktion (1 Stück)
FDP Landesverband Nds. (16 Stück)

Bildnachweis
Seite 1: © A-Digit - iStockphoto
Seite 1: © enjoynz - iStockphoto
Seite 1: © Yuri_Arcurs - iStockphoto
Seite 2: © DNY59 - iStockphoto
Seite 3: © rotofrank - iStockphoto
Seite 4: © t3000 - iStockphoto
Seite 4: © Hohenhaus - iStockphoto
Seite 6: © MarcusPhoto1 - iStockphoto
Seite 7: © Synergiee - iStockphoto